

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Legel: Tagesblatt Sorau-Niederlausitz Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B. Fernsprecher Nummer 22 und 37. Wöchentl. A. 10. Nr. 264 Berlin N. 20. 7. Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau. Giro-Konto bei der Reichsbank

Erkennungszeichen (Freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ kostet bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— RM., bei der Post abgeholt monatlich 2.20 RM., durch den Briefträger ins Haus gebracht 25 Pf., mehr, im Wochenbezug in unserer Geschäftsstelle 80 Pf. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits einstellen oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigen: Die 8spaltige Kolonelle im Einzelteil je Millimeterhöhe 8 Reichspfennig. Im Restenteil die 4spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 35 Reichspfennig. Für Anzeigen durch Fernsprecher ausserhalb 10%, aber nicht mehr als 25 Reichspfennig. Für Anzeigen mit fotografischem Bild 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere Zeilen gemeinsam inserieren, 100% Zuschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telefonischer Aufgäbe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem Tarif. Bei Zahlungsverzug und bei Konturten erlischt jeder Anspruch auf Benutzen.

Nummer 272 Sonnabend-Sonntag, den 17./18. November 1928. 118. Jahrgang

Reichstagsmehrheit für den Panzerkreuzerbau.

Der sozialdemokratische Antrag mit 255 gegen 203 Stimmen abgelehnt. — Eine scharfe Antwort Dr. Wirths an die Sozialdemokratie. — Die Panzerkreuzerdebate beendet. — Es „treifelt“ trotzdem weiter.

Mit 255 gegen 203 Stimmen hat der Reichstag am Freitag abend den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaus abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben also eine ziemlich große Niederlage erlitten. Die ganze Sitzung war eigentlich eine einzige Abrechnung mit ihnen, die ihnen bewiesen hat, daß sie bei der Stellung des Antrages und bei der Art seiner Begründung nicht nur von allen guten Geistern, sondern auch von allen Bundesgenossen verlassen waren. Demokraten, Volkspartei, Zentrum und ein Teil der kleineren Parteien marschierten nach einander auf, um jede von ihrem Standpunkt aus den Sozialdemokraten begründlich zu machen, wie tödlich sie gehandelt haben. Am peinlichsten war ihnen wahrscheinlich die Antwort, die ihnen Dr. Wirth erteilte, der im Zentrum sonst doch immer nach der sozialdemokratischen Seite hängt. Er zergliederte die ganze unmögliche Situation, in die wir hineingeraten sind, gerade vom Standpunkt des Parlamentarismus und der Demokratie, und führte die Sozialdemokraten vor Augen, daß durch derartige Methoden die Krisis des Parlamentarismus nun auch in Deutschland unvermeidlich sei; ja, er wurde noch deutlicher, indem er ankündigte, daß er von sich aus bei einer Wiederholung eines derartigen Falles gegen die Regierung ein Misstrauensvotum einbringen würde, um wenigstens klare Verhältnisse zu schaffen. Herr Wirth erwiderte ihm in sehr vorzüglicher Form, etwas von Herrn Wels abzurufen, er hat ihn aber doch im wesentlichen geachtet und dadurch nicht gerade dazu beigetragen, die Situation zu entspannen. Denn darüber kann ja kein Zweifel bestehen: mit der Ablehnung des Antrags ist die Krise innerhalb der Regierung nicht beendet, im Gegenteil schon zeigen sich

neue Gegensätze

bei den sozialpolitischen Anträgen, die Zentrum und Sozialdemokraten zum Antritt gebracht haben. Hier kann es vielleicht morgen schon zu einem neuen unheilbaren Zusammenprall kommen. Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, bestreift die Deutsche Volkspartei, daß die Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums, die dem sozialpolitischen Ausschuss vorliegen, eine einseitige Stellungnahme im weltdeutschen Eigeninteresse herbeiführen können. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Frage, ob die Rückvergütung der von den Gemeinden gezahlten Unterhaltungen durch das Reich auch auf die gewerkschaftlich Organisierten ausgedehnt werden soll. In einem solchen Beschluß würde die Deutsche Volkspartei unabsehbare Folgen auch für spätere Arbeitskämpfe sehen. Wie im Reichstag verlautet, hat Reichsminister Curtius den Reichstagsrat bereits vor einigen Tagen davon unterrichtet, daß ein Beschluß, der nach Auffassung der Deutschen Volkspartei eine einseitige Stellungnahme zugunsten einer der beiden Parteien im Interesse bedeuten würde, dazu führen müßte, daß die beiden volksparteilichen Minister die Konsequenzen ziehen.

Zu Reichstag wird angenommen, daß die Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuss von dem Bewußten getragen sein werden, eine Linie zu finden, die auch der Deutschen Volkspartei die Zustimmung ermöglicht und neue Schwierigkeiten im Kabinett vermeidet. In diesem Sinne haben die Fraktionsführer vor Parlamentarismus des sozialpolitischen Ausschusses bereits verhandelt und im Anschluß daran ist auch das Kabinett zu einer Sitzung zusammengetreten, um Ausgleichsmöglichkeiten zu besprechen. ××

Der Sitzungsbericht.

Der volksparteiliche Abg. Brüninghaus, der gestern als erster Redner die Aussprache über die Anträge zum Panzerkreuzerbau in

der Wenarstung des Reichstages fortsetzte, wandte sich sofort mit

Scharfe Erklärungen gegen den Sozialdemokraten Wels.

Abg. Brüninghaus ging von dem großen Vertrauensvotum aus, das die französische Kammer Bonaire ausgesprochen hat. Er fuhr fort: Statt daß wir auch in unserer Nation versuchen, in Einigkeit unteren Unterhändlern in der Reparationsfrage beizutreten, gehen wir daran, durch Anträge, die weder aus ethischen, noch aus allgemeinspolitischen Gründen zu rechtfertigen sind,

eine Spaltung in das Volk hineinzutragen.

Wenn durch das Vorgehen der Sozialdemokraten schwere Konflikte innerer Natur aufstehen und wenn unsere Stellung gegenüber dem Reparationsproblem gelockert wird, dann fällt die volle Verantwortung auf die Antragsteller zurück. Der Abg. Wels bestrich die Angelegenheit nur vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus. Die Erklärung, daß der Reichstag an die Beschlüsse des vorigen Reichstages nicht gebunden sei, mache den Parlamentarismus unmöglich. Der sozialdemokratische Antrag bedeute die Errichtung einer

Diktatur der Minderheit

mit rückwärtiger Kraft. In dem förmlichen Rahmen, den uns der Versailles Vertrag gegeben habe, müßten wir aller Landesverteidigung ausbauen, um so das Risiko der Friedensstörung zu erhöhen. Auch im Lager unserer früheren Gegner werde sich der Gedanke durchleben müssen, daß

Deutschlands Rührung der anderen Staaten anzugleichen

der. Ob das durch Ausführung Deutschlands oder durch die Verhütung der anderen geliche, ist gleichgültig. Von dem, was uns das Versailles Diktat erlaube, etwas auszugeben, ist unmöglich. Zum Schluß beschwichtigte sich Abg. Brüninghaus mit den Agitationsmethoden der Sozialdemokratie im Wahlkampf, die bekanntlich den Panzerkreuzerbau der Kinderpeinigung entgegengeleitet hat. Die Sozialdemokratie habe eine rühmliche Agitation betrieben.

Abg. Kemmer (Dem.) erklärte, die Rede des Abgeordneten Wels habe den Eindruck erweckt, als ob die Sozialdemokratische Partei in scharfem Gegensatz zum Kabinett stünde. Die Jugend habe kein Verständnis für

den Zirkad-Rurs in der politischen Haltung der Parteien. Seine Partei werde dem sozialdemokratischen Antrag die Zustimmung versagen. Er selbst gehöre zu denen, die schmerzlich sich gerungen hätten, ehe er zu diesem Entschluß gekommen sei. Die Frage, ob die künftigen Raten verweigert werden sollten, werde keine Partei demnächst eingehend prüfen.

Dann kam der Abg. Wirth (Zentr.)

zu Wort. Das Haus und die Tribunen läßt er sich ruhig. Wirth betonte, der Donnerstag sei für ihn ein Tag bitterster Erfahrung gewesen. Mit Recht könne man von einer Krise des Parlamentarismus sprechen. Wirth gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß der Abg. Trebitsch durch die Anerkennung der nationalpolitischen Bedeutung des ersten Reichspräsidenten die Möglichkeit für eine klare und aufsichtige Aussprache über diese Probleme gegeben habe. Die geltinge Fraktion des Zentrums am Donnerstag sei eine der denkwürdigsten in der Geschichte der Partei gewesen. Man habe die Frage an ihn gerichtet, ob er für die Fraktion sprechen wolle, um an die Regierung und an die hinter ihr stehenden Parteien die Frage zu richten, wie es in Zukunft mit dem parlamentarischen System und der Herausarbeitung einer klaren Verantwortung werden solle. Wirth behauptete, früher habe es ein Gemeindegewissen von Regierungsparteien nur bei Reichsregierungen gegeben. Das Zentrum sei bestrebt, den Volk, der auch durch die heutige Regierung geht, im Interesse der deutschen Demokratie und der deutschen Republik zu schützen. „Ein zweiter Vorkfall“, so rief Wirth aus, „wie wir ihn am Donnerstag erlebt haben, kann Anlaß werden, daß ein Misstrauensantrag aus der Mitte

die Linke überraschen wird.“ Die Zentrumstrafaktion habe sich für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages entschieden, weil sie

eine politische Krisenstille, und weil ein neuer Wahlkampf für oder gegen den Panzerkreuzer eine vollkommen schiefe Balance vor dem Volke bedeuten würde. Man müße sich darüber klar sein, daß auch bei dem nahen des sozialdemokratischen Antrages die Einstellung des Baues nicht erfolgen würde. Wenn die Sozialdemokraten nicht ihr Vertrauen zurückstellen könnten, würde es im Interesse der politischen Entwicklung

besser sein, wenn die schleichende Krise akut würde.

Es gelte in den nächsten Wochen, so schloß Wirth, zu zeigen, wie unter dem Gedanken des Reichs der Gedanke des Friedens in der Welt unter bestmögklichen Namen und bestmögklicher Mitarbeit gefördert werden könne.

Abg. Trebitsch (Wirtsch.-P.) begründete den Antrag, den Panzerkreuzerbau auszuführen und ein auf längere Sicht abgestelltes Bauprogramm vorzulegen. Von der Haltung der anderen Parteien zu diesem Antrage werde die Wirtschafspartei ihre Stellung zu dem sozialdemokratischen Antrag abhängig machen.

Abg. Trecher (Nat.-Soz.) erklärte, der Antrag habe den Zweck, die etwas schuldig gewordenen Reste der sozialdemokratischen Partei wieder weiß zu machen. Die Nationalsozialistische Partei bejahe den Bau des Panzerkreuzers und die Wehrhaftigkeit des Volkes.

Abg. Dr. Wendhausen (Christl.-Nat. Bauernpartei) betonte, daß diese ganze Tragödie oder Tragikomödie nur entstehen konnte auf dem Boden des heutigen Staats- und Verfassungssystems, des Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit, das Möglichkeiten bietet, heute das unmögliche, was gestern beklöpft wurde und bereits in der Durchführung begriffen sei. In keinem Lande der Welt wäre eine derartige Behandlung von Fragen der Landesverteidigung möglich. Daß der Schiffsbau

eine nationale Notwendigkeit

sei, ließe außer Zweifel. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge werde seine Partei ablehnen.

Abg. Dr. Pfeil (Bayr. Bauernbd.) leitete die Anträge ab.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärte, er stelle nochmals fest, daß der Antrag in jedem Stadium der Verhandlungen von jedem Mitglied seiner Partei ernstgenommen worden sei. Bei diesen Worten lebte starker Dampf im Saale ein, der sich immer mehr steigerte. Gelächter erkante, als Breitscheid bewandert: „Unsere Hoffnung geht nach wie vor dahin, daß der Antrag eine Mehrheit finden wird.“ Dann wandte er sich ans Zentrum. Gemäß früherer politischer Konventionen entziehen, die wir nicht wünschen. Wir müssen dieser Möglichkeit ins Auge sehen. Wir denken auch nicht daran, irgend etwas von unseren Erklärungen zurückzunehmen. Dr. Wirth habe einige Ausführungen über die Krisis des parlamentarischen Systems gemacht. Er sehe im heutigen Fall, äußerte sich Breitscheid, keine Krisis. Wieder einmal sei das Wort von der Mehrlosmachung und vom Mangel an nationalpolitischer Wehrpolitik, der Gelinnung gefallen. Selbstverständlich

die Sozialdemokratie Gegner jeder Aufrüstung.

Über innerhalb der Grenzen des Versailles Vertrages sei die Sozialdemokratie bereit, das zu tun, was in Anbetracht der bestehenden internationalen Zustände zur Sicherkeit des Deutschen Reichs notwendig ist (siehe rechts: Na allo!) Aber wir binden uns nicht an die Möglichkeiten des Versailles Vertrages. Wir prüfen jede einzelne Stillungsausgabe daraufhin, ob sie tatsächlich für die Landesverteidigung zweckmäßig ist. Wenn unsere Stellungnahme jetzt als Stellungnahme gegen die Landesverteidigung hingestellt wird, so muß daran erinnert werden, daß in anderen Parteien doch auch ähnliche Erwägungen wie bei uns in weiten Kreisen bisher bestimmend waren. Dr. Wirth sprach von einer schwierigen Lage. Die Lage ist vielleicht außerordentlich, aber wir haben ja jetzt gar keine Koalitionsregierung. Ebenso wie die Sozialdemokraten ist auch das Zentrum in der Regierung vertreten. Wir Sozialdemokraten tragen also für die Regierung nicht mehr Verantwortung als das Zentrum. Wir wollen ebensoviele wie Dr. Wirth eine Krise, aber wir halten es für unsere Pflicht, durch unseren Antrag an den neuen Reichstag die Frage zu richten, ob er zu den Beschlüssen der alten Reichstag über die revidieren will, um der Antwort wird die weitere Behandlung der Dinge abhängen. Wir gehen unseren Weg und das einzige, was wir von Ihnen erwarten, ist, daß Sie unsere Überzeugung als ersichtlich anerkennen. (Beifall bei den Soz.)

Die Spannung im sozialpolitischen Ausschuss.

Um die Unterstützung der Ausgesperrten. — 20 Millionen sollen angefordert werden. — Kommt es zu einer Verständigung?

Ueber die interfraktionellen Bemühungen, einen Ausgleich der im sozialpolitischen Ausschuss aufgetretenen Differenzen in der Frage der Unterstützung der in Nordwestdeutschland Ausgesperrten herbeizuführen, weiß ein Berliner Blatt mitzuteilen, daß eine gewisse Einigung im interfraktionellen Ausschuss erzielt worden sei. Wenn auch Endgültiges sich noch nicht lagere, so scheint doch die Anregung, das Reich möge etwa

zwanzig Millionen Mark für die Ausgesperrten

anfordern und diese Summe auf dem Wege über die Fürsorgepflicht durch die Gemeinden den Betroffenen zur Verfügung stellen, eine Basis abzugeben, auf der man sich einig könnte. Ueber die Verwendung dieser Summe soll auch die Meinung Bräunings geäußert werden. Die Deutsche Volkspartei hielt zwar an ihrer ursprünglichen Auffassung fest. Trotzdem scheint

die Verständigungsmöglichkeit stark gestiegen

zu sein. Da das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten dem oben erwähnten

Vorschlag, der vom Minister Silberding gemacht wurde, grundsätzlich zustimmten, allerdings vorbehaltlich der Zustimmung der Fraktionen und unter der Voraussetzung, daß kein Unterchied zwischen organisierten und nicht-organisierten Arbeitern gemacht werde.

Das Reichskabinett

wird heute vormittag 9 Uhr zusammenzutreten, um über die oben erwähnten Vorschläge zu beraten. Zwischen 10 und 11 Uhr werden die einzelnen Fraktionen zu der Entscheidung des Kabinetts Stellung nehmen und um 11 Uhr wird der sozialpolitische Ausschuss wieder zusammenzutreten, um seine Beratungen, denen das Ergebnis der Vormittagsbesprechungen zugrunde liegen wird, fortzusetzen.

Einberufung des sozialdemokratischen Parteiaussschusses.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat die Kontrollkommission und den Parteiaussschuss zum kommenden Montag nach Berlin berufen. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Erörterung der politischen Lage.